

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/9

Bonn, den 12. Januar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| Seite | | Zeilen |
|-------|---------------------|--------|
| 1 - 2 | <u>„3 Promille“</u> | 82 |

Von Hermann Haage, MdB
Mitglied des Verkehrsausschusses des Bundestages

| | | |
|---|-----------------|----|
| 3 | <u>Das Ende</u> | 23 |
|---|-----------------|----|

Zur Auflösung der hessischen GDP/DFE-Führung

| | | |
|---|--|----|
| 3 | <u>Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher</u> | 22 |
|---|--|----|

Staatssekretär in der "guten Stube" der Bundesrepublik

| | | |
|-------|---------------------------------|-----|
| 4 - 6 | <u>Frankreich wählt im März</u> | 138 |
|-------|---------------------------------|-----|

Der Aufmarsch der Parteien

Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

+ + -

1,3 Promille ?

Von Hermann Haage, MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Bundestages

Als das zweite Gesetz zur Sicherung des Straßenverkehrs im Januar 1965 eingeführt wurde, war damit die Hoffnung verbunden, daß die Alkoholdelikte in der Bundesrepublik abnehmen. Das Gegenteil aber ist eingetreten. Trotz des neuen Gesetzes sind die Ziffern 1966 erneut angestiegen. Das heißt, daß die Rechnung derer, die auf den Abschreckungseffekt spekuliert haben, wieder einmal nicht aufgegangen ist.

Trotz dieser Erfahrungen hat der Verkehrsstrafsenat des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe den Grenzwert für absolute Fahruntüchtigkeit von 1,5 auf 1,3 Promille Blutalkoholgehalt herabgesetzt. Berücksichtigen wir, daß eine Reihe von Richtern schon vor einiger Zeit den vom Bundesgesundheitsamt in einem Gutachten empfohlenen Grenzwert von 1,2 Promille angewandt haben, so ist die Entscheidung der Karlsruher Richter zu begrüßen. Sie setzt eine neue Norm und beseitigt somit eine gewisse Rechtsunsicherheit.

Aber schon die Begründung muß nachdenklich stimmen. Die neuen medizinisch-naturwissenschaftlichen Erkenntnisse, wonach Kraftfahrer bei einem Blutalkohol von 1,3 Promille an unbedingt fahruntüchtig seien, sind nämlich gar nicht so neu. Neben ihnen besteht jedoch die Tatsache fort, daß manche Autofahrer mit 1,3 Promille erheblich fahruntüchtiger sind als Stochnüchterne, denen es an Können, Erfahrung, Gelassenheit, Reaktionsvermögen oder Rücksicht fehlt.

Daher wächst mit dem höchstrichterlichen Urteil die Gefahr, daß die Amtsgerichte mit einem allgemeinen Trankheitsschema operieren, das trotz der unbestrittenen Fortschritte der medizinischen Forschung fragwürdig bleiben muß. Die Fragwürdigkeit ergibt sich allein daraus, daß die Veränderung von Leistung und Persönlichkeit durch Alkohol keine absolut faßbare Größe und auch durch chemisch-analytische Feststellungen, wie Blutproben, nicht eindeutig nachzuweisen sind.

Grenzwerte können aus diesem Grund immer nur Kompromisse sein, die mehr oder weniger Ungerechtigkeiten mit sich bringen. Für die Gerichte besteht folglich nach der Karlsruher Entscheidung erst recht die Verpflichtung, individuell zu prüfen, ob Fahruntüchtigkeit vorlag. Geschieht das nicht, so läuft unsere Rechtsprechung auf diesem Gebiet Gefahr, als waltfremd angesehen zu werden. Das Fahren eines Kraftfahrzeuges ist nun einmal eine ebenso alltägliche Handlung geworden wie Essen oder Gehen. Daß es in Verbindung mit Alkohol grundsätzlich verwerflich sein soll und unter Strafe gestellt wird, wird der gesunde Menschenverstand nur schwer begreifen.

Dafür gibt es mehrere Ursachen. Einmal wird dem potentiellen Delinquenten zugemutet, selbst zu entscheiden, wann er die Schwelle zum Verbrechen überschreitet. Man gibt ihm dazu aber keinerlei verbindliche Hilfsmittel, die ihm sagen können, wieviel er trinken darf, ohne straffällig zu werden. Außerdem bringt es unsere heutige Gesellschaftsform mit sich, daß sich viele Kraftfahrer oft unter Alkoholeinfluß an das Steuer eines Wagens setzen müssen.

Wer an dieser Stelle die Forderung erhebt, in solchen Fällen eben auf die Benutzung eines Kraftfahrzeuges zu verzichten plädiert damit zugleich für ein Klassenstrafrecht. Für viele Berufe bringt die Teilnahme an einer repräsentativen Veranstaltung, ein Essen mit Kunden zum Beispiel, die Verpflichtung zu einem gewissen Alkoholkonsum mit sich. Mitglieder gebotener Schichten können sich danach von ihrem Chauffeur oder von einem Taxi nach Hause fahren lassen. Für die anderen aber besteht nur die Wahl zwischen Entsaltsanktion oder dem Risiko einer Bestrafung.

Um jegliches Mißverständnis auszuschließen: Ich spreche hier nur vom mäßigen Alkoholkonsum und von der Gefahr, daß das Rechtsgefühl in nicht wieder gutzumachender Weise verletzt wird, wenn jemand für eine Tat bestraft wird, die er bei dem heutigen Stand der Wissenschaft nicht rechtzeitig erkennen kann. Das aber ist der Fall, wenn ein Autofahrer bei 1,3 Promille sogar mit Gefängnis bestraft werden kann, obwohl er gar keinen Unfall verursacht hat.

Es bleibt unter diesen Umständen nur die Hoffnung, daß sich die Gerichte nicht sklavisch nach der ohnehin unstrittener Generalklausel richten, sondern nach der Schuld des einzelnen entscheiden. Geschieht das nicht, so wird dem Gesetzgeber nichts anderes übrig bleiben, als die Lücke zu schließen, und zwar so, daß die Promillegrenze nicht in ein paar Jahren schon wieder umgestoßen werden kann.

Im Übrigen wollen wir nicht vergessen, daß ein Zusammenhang zwischen den Promillesätzen und der Unfallschwere und -häufigkeit wissenschaftlich nicht erwiesen ist. Der Leichtsinns und die Verantwortungslässigkeit nüchternen Kolonnen-springer, Raser und notorischer Linksfahrer (auf der Autobahn) werden daher 1967 neue und mehr Opfer fordern, wenn nicht eine Verkehrsdisziplin Gemeingut wird, die bei unserer wachsenden Verkehrsichte eigentlich selbstverständlich sein sollte.

Das Ende

Zur Auflösung der hessischen GDP/BHE-Führung

ap - Die Wahlniederlage des hessischen GDP/BHE bei den letzten Landtagswahlen war für diese politische Gruppe ein Schlag, von dem sie sich nicht mehr erholte. Die Führung des Landesverbandes hat daraus die Konsequenzen gezogen. 9 von 26 Vorstandsmitgliedern, darunter der frühere Bundestagsabgeordnete Frank Seiboth, legten ihre Ämter bei gleichzeitigem Austritt aus der Partei nieder. Sie halten jede Tätigkeit im Rahmen dieser politischen Gruppierung für sinnlos und unfruchtbar. Dabei galt der hessische GDP/BHE bisher als ein noch festgefügtter, in sich geschlossener Verband; aber auch er konnte sich, obwohl er tüchtige und hochangesehene Männer aufzuweisen hatte, dem Prozeß der allgemeinen Auflösung nicht entziehen. Der am 18. Februar fällige Parteitag hat nur noch sein eigenes Begräbnis zu bestellen. Die viele Jahre währende Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in der Regierung zinn bewahrte den hessischen GDP/BHE vor nationalistischen Versuchungen, wie sie etwa in anderen Landesverbänden zu verzeichnen sind. Die im großen und ganzen gelungene Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Wirtschaft und Gesellschaft entzog dem GDP/BHE den Boden; der Versuch, andere Schichten mit nationalistischen Parolen zu erfassen, mußte misslingen. Seine früheren Wähler haben sich größtenteils den beiden großen Parteien SPD und CDU/CSU zugewandt. Der Rest zeigt eine gewisse Anfälligkeit für die NPD, wobei man sich freilich vor dem Trugschluß hüten soll, in Vertriebenen und Flüchtlingen das eigentliche Kräfte-reservoir der NPD zu sehen.

+ +

Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher

Staatssekretär in der "guten Stube" der Bundesrepublik

ap - Mit der Entscheidung des sozialdemokratischen Landesvorstandes und der Landtagsfraktion in Hessen, die frühere Münchner FDP-Landtagsabgeordnete, Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher, als Staatssekretärin im hessischen Kultusministerium zu akzeptieren, hat die Sozialdemokratie wieder einmal ihre Bereitschaft gezeigt, den Trägern guter Ideen praktische Arbeitsmöglichkeiten in der Politik zu bieten; auch wenn sie nicht Mitglieder der Partei sind. Die mit nur einer Stimme Mehrheit gefällte Entscheidung war gewiß knapp. Sie zeugt davon, daß Sozialdemokraten es sich auch dann nicht leicht machen, wenn es darum geht, den eigenen Schritten zu überspringen. Frau Dr. Hamm-Brücher ist eine eigenwillige Persönlichkeit. Auch in der bayerischen FDP hatte sie manchen Gegner. Obwohl schlecht plaziert, erreichte sie in ihrem Wahlkreis den höchsten Stimmenanteil, den jemals ein FDP-Kandidat erringen konnte. Wenn Frau Dr. Hamm-Brücher nun Staatssekretär im hessischen Kultusministerium wird, dürfte sie auch dort nicht bequem sein. Entscheidend ist jedoch, daß man ihr für die Verwirklichung ihrer Ideen eine Plattform bietet, die so ganz anders aussieht als in Bayern. Nachdem die Entscheidung gefallen ist, kann Frau Dr. Hamm-Brücher auch der loyalen Zusammenarbeit mit jenen Sozialdemokraten gewiß sein, die ihr nicht ihre Stimme gegeben haben. Hessen hat wieder einmal ein gutes Beispiel gegeben. Unter Führung von Ministerpräsident Zinn wird dieses Bundesland immer mehr die "gute Stube" der Bundesrepublik.

+ + +

Frankreich wählt im März

Der Aufmarsch der Parteien

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

| | | | |
|-----------------|------|-------------------|-------|
| Gaullisten | 30 % | Christdemokraten | 15 % |
| Kommunisten | 20 % | Rechtsunabhängige | 10 % |
| Linksdemokraten | 20 % | Rechtsradikale | 5 % |
| | | | 100 % |

Diese Prozentzahlen kennzeichnen das ungefähre innenpolitische Kräfteverhältnis in Frankreich seit vielen Jahren und erklären die gegenwärtigen Kombinationen, Hivalitäten und Besorgnisse am Beginn eines außergewöhnlich stürmischen Wahlkampfes. In den einzelnen Provinzen gibt es allerdings Unterschiede; so sind die Gaullisten stärker in Ostfrankreich, jedoch schwächer südlich der Loire, wo die Linksparteien überwiegen.

Gaullisten werben links und rechts

In de Gaulles Fünfter Republik ebenso wie in der vorhergehenden Vierten Republik besitzt keine politische Partei die absolute Mehrheit. Laut neuem französischen Wahlgesetz kann eine Liste nur dann gewählt werden, wenn sie im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit hat oder im zweiten Wahlgang die relative Mehrheit. Keine der bestehenden Parteien hat also die Möglichkeit, aus eigener Kraft einen Kandidaten wählen zu lassen, jede Partei braucht und sucht Verbündete. So erklärt sich die komplexe französische Wahlarithmetik.

Auch die gaullistische Regierungspartei UNR kann nur mit ungefähr 30 Prozent im Landesmaßstab rechnen und ist daher auf Allianzen und Bündnisse angewiesen. Sie braucht außer ihren 30 Prozent, wie man sich leicht ausrechnen kann, ungefähr 20 zusätzliche Prozente, die sie erhalten könnte, wenn sie beispielsweise je fünf Prozent von vier anderen Parteien "abknabbert", nämlich von den Rechtsunabhängigen, den Christdemokraten, den Linksdemokraten und den Kommunisten. Das ist möglich, aber doch recht schwierig.

Daher die komplizierte Wahlstrategie der Gaullisten: "Komitees für die Fünfte Republik", an ihrer rechten Planke mit konservativen Gruppen und Persönlichkeiten, auf ihrem linken Flügel mit parteilosen Linksintellektuellen, um unter "überparteilicher" Flagge Stimmen zu gewinnen. Mit General de Gaulle, der sich sonst von Parlamentswahlen fernhielt, diesmal aber schon mit seiner Neujahrsbotschaft in die Wahlarena gestiegen ist, hofft die UNR noch einmal eine regierungsfähige Mehrheit zustande zu bringen. Sicher ist das aber keineswegs.

Kommunisten suchen Anschluß

Die zweitstärkste Partei Frankreichs ist nach wie vor die kommunistische Partei. In Wirklichkeit ist sie sogar die relativ stärkste Partei, denn die UNR verfügt bis jetzt über keine strukturierte Organisation. Da die KPF aber im Landesmaßstab über 25 Prozent nicht hinauskommt, wenngleich sie in einigen Städten, insbesondere in der "Banlieue Rouge" (rote Banneile) rund um Paris, die absolute Mehrheit hat, ist sie gezwungen, mit anderen Parteien eine "Einheitsfront" oder "Volksfront" anzustreben.

Seit Jahr und Tag bemüht sich die KPF um Gespräche mit den linksdemokratischen Parteien, die ungefähr über 20 Prozent der Stimmen verfügen. Die Addition von 25 plus 20 Prozent ergibt augenscheinlich noch immer keine absolute Mehrheit. Das zeigte sich zuletzt bei den Präsidentenwahlen im Dezember 1965, in welchen der gemeinsame Kandidat der Linksparteien, Francois Mitterrand, es nur auf 45 Prozent brachte, was hier schon als beachtlicher Erfolg gegen General de Gaulle gewertet wurde und es tatsächlich auch war.

In den Parlamentswahlen könnten die französischen Linksparteien unter Umständen noch größere Erfolge erreichen, falls de Gaulle nicht auch auf der sonst so sehr verachteten parlamentarischen Ebene seine ganze Persönlichkeit einsetzen würde.

Die Kommunisten suchen nun Anschluß nicht nur bei den demokratischen Linksparteien, sondern - inoffiziell, aber nicht minder wirksam - auch bei den Gaullisten. Die sogenannten "Linksgaullisten", zum Teil Kryptokommunisten wie der frühere stellvertretende CGT-Generalsekretär Le Brun oder der frühere "Libération" - Chefredakteur Emmanuel d'Astier, bilden eine Brücke zwischen Elysée und KPF. Weitere Bindungen bestehen noch aus der Zeit von 1942 bis 1946, in der General de Gaulle im Exil und dann auch in Paris Kommunisten zu Ministern ernannte.

Die KPF bekundet nun ihre Bereitschaft, gegebenenfalls wieder an einer Regierung der "Nationalen Union" teilzunehmen. Zunächst aber sucht sie Anschluß bei der demokratischen Opposition. Paradoxerweise steht die KPF jedoch außenpolitisch dem Gaullismus näher, als der demokratischen Opposition, die noch immer stark europäisch und atlantisch ausgerichtet ist. Aus innenpolitischen Gründen versucht die KPF ihr come-back aber zunächst auf dem Wege taktischer Abkommen mit den gemäßigten Linksparteien.

Zersplitterte demokratische Linke

Zum Unterschied von anderen westeuropäischen Ländern, sind die Linksparteien in Frankreich gespalten und zersplittert. Die neue Linksföderation (Sozialistische Partei, SFIO), Radikale Partei, Widerstandsdemokraten und diverse "Clubs" besteht erst seit einigen Monaten als loser Zusammenschluß der demokratischen Linksparteien. Erster Vorsitzender ist Francois Mitterrand, zweiter Vorsitzender Guy Mollet.

Die Sozialisten haben ihre stärksten Positionen in Nordfrankreich und in Marseille, die Radikalen in Südwestfrankreich. Im Landesmaßstab liegt der Prozentanteil jedoch nicht über 20 Prozent. Alle diese Parteien und Gruppen sind aufgrund des gaullistischen Wahlgesetzes gezwungen, trotz tiefgehender politischer Gegensätze wahltaktische Vereinbarungen zu treffen, wenn sie nicht vollkommen von der Bildfläche verschwinden wollen.

Die KPF wird durch das gaullistische Wahlgesetz stark begünstigt und nützt die Situation gründlich aus. Sie fordert von den demokratischen Linksparteien politische Anerkennung, die Ausarbeitung eines "gemeinsamen Programms" nicht nur für die Wahlkampagne, sondern auch für eine eventuelle gemeinsame Koalitionsregierung. Andernfalls droht sie damit, die demokratischen Parteien in allen Wahlkreisen zu sabotieren und zu torpedieren.

Was dies praktisch bedeuten könnte, läßt sich mit folgenden Ziffern darstellen: Von 62 sozialdemokratischen Abgeordneten in der gegenwärtigen Nationalversammlung, würden nur noch zwölf übrig bleiben, denn 50 konnten schon in den letzten Parlamentswahlen nur durch kommunistische Stimmhaltungen im zweiten Wahlgang gewählt werden, unter ihnen Guy Mollet und Gaston Defferre. Von 25 Radikalen Liberalen befinden sich 20 in der gleichen Situation. Ebenso würde selbstverständlich auch von den 45 kommunistischen Abgeordneten ein beträchtlicher Teil nicht mehr wiedergewählt werden.

Nicht anders steht es auch mit den Mittel- und Rechtsparteien, die ihre Abgeordneten vielfach nur durch gegenseitige Unterstützung oder Stimmhaltung ins Parlament bekommen konnten.

So erklärt sich das taktische Wahlabkommen, das kurz vor Weihnachten 1966 zwischen den demokratischen Linksparteien und der KPF zustand kam.

Der Wahlpakt

Im ersten Wahlgang der Märzahlen werden die Parteien weiterhin getrennt marschieren, im zweiten Wahlgang aber werden sie gemeinsam den Linkskandidaten unterstützen, der bereits die meisten Stimmen bekam und daher die meisten Chancen hat, gewählt zu werden. Dies geschah schon früher von Fall zu Fall und soll diesmal aufgrund zentraler Weisungen überall so sein. Eine Reihe von Bezirksorganisationen werden allerdings auch diesmal den Weisungen des Parteivorstandes keine Folge leisten. Das heißt, es wird sozialdemokratische Bezirke geben, die keinesfalls die Wahl eines kommunistischen Kandidaten empfehlen werden. Umgekehrt wird es kommunistische Bezirksorganisationen geben, die um keinen Preis zur Wahl eines sozialdemokratischen oder gar linksbürgerlichen Abgeordneten bereit sind.

Wie dem auch sei, das Abkommen zwischen Mitterrand, Mollet (SFIO) und Rochet (KPF) geht diesmal über reine Wahltaktik hinaus. Wohl ist es den Kommunisten nicht gelungen, die demokratischen Linksparteien für ein "gemeinsames Programm" zu gewinnen, aber immerhin sah man zum ersten Mal seit 1945 die Führer der demokratischen Sozialisten, der linksbürgerlichen Radikalen und der Kommunisten an einem Tisch. Die größeren Zugeständnisse machten dabei die Kommunisten, in der Hoffnung, endlich wieder als "gleichberechtigte Partei" am politischen Leben Frankreichs teilzunehmen. Sie wurden dazu von Moskau ermutigt und gedrängt, denn dies liegt selbstverständlich im Interesse des neuerdings immer besseren französisch-sowjetischen Verhältnisses.

Aus diesem Grund haben die Kommunisten ihre wichtigsten programmatischen Forderungen fallen lassen und faktisch das Programm der demokratischen Linksföderation unterschrieben. Mit diesem Programm sollte man sich auch im Ausland vertraut machen, denn es ist von großer Aktualität nicht nur im gegenwärtigen Wahlkampf, sondern darüber hinaus vor allem für die Zeit die unvermeidlich näherrückt: die Zeit nach de Gaulle.